AfD | Alternative Hauptstadtfraktion

FPÖ RATHAUSKLUB

Gemeinsame Erklärung

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Klub der Wiener Freiheitlichen im Wiener Gemeinderat

September 2026

Islamismus bekämpfen. Staatsversagen stoppen.

Berlin und Wien stehen vor derselben grundlegenden Herausforderung: Der Staat muss seine Bürger schützen, sein Recht durchsetzen und Gefahren für unsere freie Gesellschaft entschlossen bekämpfen.

Der jüngste islamistische Terroranschlag im Umfeld des Berliner Christopher Street Day am 25. Juli 2026 hat erneut gezeigt, was auf dem Spiel steht. Eine 65-jährige Polin wurde getötet, ihre Tochter schwer verletzt. Zahlreiche weitere Menschen wurden verletzt, einige von ihnen schwer. Der Attentäter war seit Jahren als Islamist bekannt, als Gefährder eingestuft und bereits wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat verurteilt. Doch trotz all dieser massiven Warnzeichen befand er sich am Tag des Anschlags skandalöserweise in Freiheit und konnte seine Tat begehen.

Wien kennt dasselbe Muster. Am 2. November 2020 erschoss ein islamistischer Attentäter in der Wiener Innenstadt vier Menschen und verletzte 23 weitere. Auch dieser Täter war wegen terroristischer Vereinigung verurteilt, wurde vorzeitig aus der Haft entlassen und hatte ein Deradikalisierungsprogramm getäuscht. Ausländische Behörden hatten gewarnt. Die Untersuchungskommission stellte später fest, dass allein die Gefahreneinschätzung fast zehn Monate dauerte und erst wenige Wochen vor der Tat abgeschlossen wurde.

Trotz zahlreicher Warnsignale fehlte es immer wieder an der nötigen Konsequenz.

Diese beiden Fälle führen zu derselben politischen Grundsatzfrage: Fehlen dem Staat tatsächlich die Möglichkeiten zu handeln – oder fehlt an entscheidenden Stellen schlicht der politische Wille, vorhandene Möglichkeiten und Spielräume konsequent zu nutzen?

Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und der Klub der Wiener Freiheitlichen sind fest entschlossen, mit der aktuellen Politik zu brechen, die Probleme verharmlost, Verantwortung abschiebt und Fehlentwicklungen nur noch verwaltet. Unsere Städte brauchen einen Neuanfang. Sie brauchen einen Staat, der die Realität benennt, sein Recht durchsetzt und seine Bürger schützt.

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz, 10117 Berlin
+49 30 2325 2622 info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin

I. Schluss mit Verharmlosung, Verdrängung und Verschleierung

Islamismus richtet sich gegen den demokratischen Rechtsstaat, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie die Freiheit jedes Menschen, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Wer diese Gefahr kleinredet, schwächt den Staat und schützt am Ende die Falschen.

Zu lange wurden Probleme beschönigt, Warnungen relativiert und Verantwortlichkeiten weitergereicht. Die Anschläge von Berlin und Wien zeigen die Folgen.

Es muss aufgeklärt werden, welche Informationen den verantwortlichen Behörden und Gerichten jeweils vorlagen, ob entscheidende Erkenntnisse vollständig weitergegeben wurden und ob Informationen bewusst zurückgehalten wurden. Bestätigt sich Letzteres, reden wir nicht mehr nur über Behördenversagen, sondern über eine bewusste Verletzung des staatlichen Schutzauftrags.

Wo persönliches Fehlverhalten festgestellt wird, muss Aufklärung personelle Konsequenzen haben. Andernfalls wird das Versagen nur weiter verwaltet.

Zur Kultur des Wegsehens gehört auch, dass notwendige Kritik immer wieder unter moralischen Generalverdacht gestellt wird. Der Begriff des „antimuslimischen Rassismus" darf dabei nicht zur Nebelkerze werden. Menschen muslimischen Bekenntnisses bilden für sich genommen keine „Rasse". Kritik am Islam, am politischen Islam und an islamistischen Strukturen darf deshalb nicht pauschal als rassistisch delegitimiert werden. Sie ist notwendig und der Staat muss dieses Recht auch effektiv verteidigen.

Ein Staat, der aus Angst vor falschen Vorwürfen die Realität nicht mehr ausspricht und nicht offen diskutiert, verliert seine Verteidigungsfähigkeit. Mit dieser Kultur des Wegsehens werden wir Schluss machen.

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz, 10117 Berlin
+49 30 2325 2622 info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin

II. Der Staat muss seine Bürger schützen wollen

Sowohl der Berliner als auch der Wiener Attentäter waren den Sicherheitsbehörden seit Jahren bekannt. Trotzdem gelang es dem Staat nicht, die bekannte Gefahr wirksam zu kontrollieren. Dieser Befund lässt sich nicht mit den üblichen Verweisen auf Zuständigkeiten wegdiskutieren.

Wer eine Gefahr kennt, muss handeln.

Die Erfahrungen aus Berlin und Wien zeigen: Bei bekannten Hochrisikofällen muss klar sein, welche Stelle führt, wer entscheidet und wer für das Ergebnis letztlich verantwortlich ist. Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Bewährungshilfe und Präventionsstellen dürfen nicht jeweils nur ihren kleinen Ausschnitt bearbeiten, während niemand das Gesamtrisiko verantwortet. Warnsignale müssen operative Konsequenzen haben.

Dasselbe Problem zeigt sich nicht nur im Umgang mit Gefährdern. Ein aktueller Skandal aus Köln zeigt, dass staatlicher Vollzug sogar dort scheitert, wo konkrete Möglichkeiten vorhanden sind. Das Land Nordrhein-Westfalen bot der Stadt Köln Unterstützung bei der Beschaffung von Rückreisedokumenten für rund 500 vollziehbar Ausreisepflichtige an. Die für das Bleiberechtsprogramm zuständige Stelle der Kölner Behörde lehnte diese Unterstützung für die von ihr betreuten Fälle ab und setzte stattdessen auf die Schaffung dauerhafter Bleibeperspektiven.

Der Kölner Fall zeigt ein zweites, weit verbreitetes Problem: Allzu oft fehlen dem Staat nicht die Möglichkeiten zu handeln. Es fehlt schlicht der Wille, das geltende Recht auch tatsächlich durchzusetzen. Wer als Verantwortlicher in einer Behörde die angebotene Hilfe zur Durchsetzung geltenden Rechts ablehnt, entscheidet sich bewusst gegen den Rechtsstaat – das werden wir nicht hinnehmen, niemals und nirgendwo.

Bekannte Gefährder müssen konsequent kontrolliert werden. Ausländischen Gefährdern ist der Aufenthalts- und Schutzstatus zu entziehen; sie sind außer Landes zu bringen. Hinsehen statt Wegschauen. Radikal-islamistische Moscheevereine und andere Vereinigungen sind aufzulösen und zu verbieten, ihre Einrichtungen zu schließen. Besonders der Schutz von Frauen und Mädchen vor Scharia-Strukturen, Zwang, Einschüchterung, Zwangsehen und Ehrengewalt hat Vorrang vor jeder kulturellen Rücksichtnahme.

Vollziehbare Entscheidungen müssen vollzogen werden. Und wenn das geltende Recht nicht ausreicht, muss die Politik es verbessern und nachschärfen.

Denn der Schutz der Bürger ist keine Aufgabe unter vielen, sondern die Kernaufgabe jedes Staatswesens.

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz, 10117 Berlin
+49 30 2325 2622 info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin

III. Kein Steuergeld für islamistische Strukturen

Besonders widersprüchlich wird die bisherige Politik dort, wo der Staat Islamismus angeblich bekämpft, aber problematische Strukturen mit Geld und politischer Anerkennung stärkt.

Staatliche Förderung ist kein bloßer Zahlungsvorgang. Sie schafft Einfluss, gesellschaftliches Ansehen und politischen Zugang. Deshalb muss der Staat immer wissen, wen er finanziert und wen er zu seinem Partner macht.

In Berlin erhielt die Neuköllner Begegnungsstätte auch nach jahrelangen sicherheitsbehördlichen und gerichtlichen Auseinandersetzungen um ihr Umfeld öffentliche Fördermittel. Allein 2025 wurden für das Projekt „Muslimische DiaLogen" rund 92.000 Euro bewilligt. Daraus folgt nicht automatisch, dass der Verein selbst extremistisch ist. Aber es folgt eine Frage, der sich der Senat stellen muss: Nach welchen Sicherheitsmaßstäben entscheidet Berlin eigentlich, wer Steuergeld, institutionellen Zugang und politische Anerkennung erhält?

In Wien fließen seit Jahren erhebliche Summen an Steuergeldern an Vereine, die muslimische Kindergärten betreiben. Einzelne Träger und Verantwortliche gerieten wiederholt wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten, mangelhafter Förderkontrollen und möglicher Verbindungen zu islamistischen Strukturen in den Fokus behördlicher Prüfungen und öffentlicher Kritik. Dennoch wurden Förderungen teilweise über Jahre fortgesetzt. Auch hier muss sich eine verantwortungsvolle Stadtregierung fragen lassen, nach welchen Sicherheitsmaßstäben sie entscheidet, wem sie Steuergeld, institutionellen Zugang und Einfluss auf Kinder anvertraut.

Genau hier liegt das jetzige Problem: Erkenntnisse über extremistische Strukturen dürfen nicht mehr an der Tür der Förderverwaltung abgegeben werden.

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz, 10117 Berlin
+49 30 2325 2622 info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin

Vor jeder Förderung muss geklärt sein: Wer finanziert die Organisation darüber hinaus? Wer bestimmt das Personal? Welche Dachverbände und Netzwerke stehen dahinter? Welche Erkenntnisse besitzen die Sicherheitsbehörden? Diese Fragen müssen vor einer Förderung beantwortet werden – nicht erst, wenn der nächste Skandal öffentlich wird.

Deshalb gilt:

Kein Steuergeld für islamistische Strukturen. Keine Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit ungeprüften Organisationen.

Wer extremistische Bestrebungen unterstützt oder ihnen organisatorisch beziehungsweise finanziell zuarbeitet, darf nicht vom Staat finanziert werden. Neue Erkenntnisse müssen zur umgehenden Neubewertung führen. Wer den Staat über extremistische Verbindungen täuscht, muss Fördermittel verlieren; bereits erhaltene Mittel sind zurückzuzahlen. Zusätzlich sind zeitlich befristete oder dauerhafte Fördersperren vorzusehen.

Auch ausländische Einflussnahme muss offengelegt werden. Wer religiöse oder politische Strukturen in Berlin oder Wien finanziert, Personal entsendet oder Weisungen erteilt, darf sich nicht hinter Vereinsnamen und undurchsichtigen Netzwerken verstecken.

Bekenntnisfreiheit steht dabei nicht zur Debatte. Aber aus Bekenntnisfreiheit folgt kein Anspruch auf Steuergeld. Und sie darf niemals ein Freibrief für Islamisten sein.

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz, 10117 Berlin
+49 30 2325 2622 info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin

IV. Die Verwaltung von Gegenwelten ist keine Integrationspolitik

Wer in Berlin oder Wien lebt, hat Rechte. Er hat aber auch Pflichten. Unser Recht gilt für alle gleichermaßen.

Wo Parallelstrukturen entstehen und informelle Autoritäten den Rechtsstaat verdrängen, muss der Staat eingreifen. Es sind Fälle dokumentiert, in denen sogenannte Parallelschlichter auf Opfer oder Zeugen einwirkten und staatliche Verfahren beeinflussen wollten. Solche Strukturen sind keine kulturelle Besonderheit. Sie sind ein nicht hinnehmbarer Angriff auf das Gewalt- und Rechtsprechungsmonopol des Staates.

Die Folgen solcher Parallelstrukturen zeigen sich besonders deutlich in den Schulen: Radikalisierung beginnt nicht erst im Verein, sondern oft im Klassenzimmer – dort, wo Mädchen unter Druck geraten, weil sie sich nicht fügen, und wo Jugendliche für islamistische Netzwerke angeworben werden. Wer solche Entwicklungen aus Rücksicht auf den Schulfrieden nicht dokumentiert, überlässt unsere Jugend – und damit unsere Zukunft – genau jenen Strukturen, die wir bekämpfen müssen.

Ein Staat, der solche Entwicklungen nur verwaltet, riskiert ihre Verfestigung. Genau deshalb darf Integrationspolitik nicht länger danach beurteilt werden, wie viele Projekte finanziert und wie viele Programme aufgelegt werden. Integrationspolitik bedeutet, die Achtung gemeinsamer Regeln sicherzustellen – und der Staat muss diese notfalls auch durchsetzen.

Wo staatliches Geld Abschottung, politische Einflussstrukturen oder Parallelwelten stabilisiert, muss die Förderung sofort enden.

Wo öffentliche Aufgaben unmittelbar durch Behörden erbracht werden können, dürfen sie nicht an politisch oder religiös gebundene Vorfeldorganisationen ausgelagert werden. Staatlich finanzierte Integrationsarbeit ist grundsätzlich durch öffentliche Stellen transparent, überprüfbar und unter parlamentarischer Kontrolle zu organisieren.

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz, 10117 Berlin
+49 30 2325 2622 info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin

V. Gemeinsamer Arbeitsauftrag für Berlin und Wien

Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und der Klub der Wiener Freiheitlichen werden ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Islamismus, im Bereich der Inneren Sicherheit und im Umgang mit integrationsfeindlichen Parallelstrukturen vertiefen.

Wir werden regelmäßig Erkenntnisse über islamistische Netzwerke, staatliche Förderung, ausländische Einflussnahme, Gefährdermanagement und Parallelstrukturen austauschen. Dabei werden wir besonders prüfen, wo Behörden geltendes Recht konsequent vollziehen – und wo politische oder administrative Entscheidungen den Vollzug verhindern.

Ebenso wollen wir vergleichen, welche Organisationen in Berlin und Wien staatliche Gelder erhalten oder zu politischen Partnern gemacht werden, welche Sicherheitsprüfungen stattfinden und wo Transparenz fehlt.

Aus diesen Erkenntnissen sollen parallele parlamentarische Anfragen, Initiativen und Reformvorschläge entstehen.

Unser gemeinsamer Maßstab lautet:

Wer eine Gefahr kennt, muss handeln.
Wer hier lebt, muss das geltende Recht achten.
Wer den Rechtsstaat bekämpft, darf nicht mit Steuergeld finanziert werden.

Wir brauchen einen Staat, der schützt, entschieden handelt und geltendes Recht durchsetzt – und genau dafür werden wir in Berlin und Wien eintreten.

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Klub der Wiener Freiheitlichen

Berlin/Wien, Datum 01.09.2026

Unterschriften [redacted] [redacted]

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin | Klub der Wiener Freiheitlichen

AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz, 10117 Berlin
+49 30 2325 2622 info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin